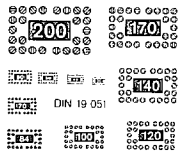

Politik

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 7

Oktober 1982

Leitlinien für eine aktive Beschäftigungspolitik

Vorgelegt von der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Parteivorstand

1,8 Millionen Arbeitslose bei schrumpfenden Umsätzen, rückläufigen Investitionen und Lohnabschlüssen unterhalb der Preissteigerungsraten, diese ökonomische Bilanz fordert aktives beschäftigungspolitisches Handeln. Kampf gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit ist die politische, ökonomische und moralische Aufgabe Nr. 1. Zwar gibt es für eine so hoch entwickelte, arbeitsteilig dem Weltmarkt verflochtene Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik kein Patentrezept, dessen Anwendung morgen zur Vollbeschäftigung führen würde. Aber möglich und notwendig ist ein breit gefächertes Bündel von Maßnahmen, dessen Durchführung geeignet ist, den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen und mittelfristig zu besserer, auch besser strukturierter Beschäftigung zu kommen.

Mittelfristig ist dazu notwendig:
— Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

C 99 - 03272

– Die strukturellen Defizite in den Haushalten der Gebietskörperschaften zu bereinigen.
– Bei der öffentlichen Kreditaufnahme gesamtwirtschaftliche und fiskalische Notwendigkeiten zu beachten.
– Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte stärker auf Investitionsförderung und die Ausgabenseite stärker wachtums- und beschäftigungsfördernd auszurichten.
– Bei der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen stärker die veränderten Wachstumsbedingungen und in der Altersversorgung die demographischen Entwicklungen zu berücksichtigen.
– Eine gemeinsam mit den Gewerkschaften vorangetriebene Offensive für bessere Qualifizierung und Arbeitszeitverkürzung.

Kurzfristig ist dazu notwendig:

1. **Die Antwort auf neue Haushaltslücken** – Ergebnis der rückläufigen Wirtschaftstätigkeit und zunehmender Arbeitslosigkeit – darf **nicht** aus einer undurchdachten Mischung aus Leistungskürzungen und Steuergeschenken bestehen. Seit einigen Jahren wurden die Rahmenbedingungen der Produktion wesentlich verbessert. Abschreibungserleichterungen und Investitionsprämien summieren sich für Investitionen des Jahres 1982 fast zu einer Verdopplung der Steuerersparnis gegenüber 1981 und auch in den Folgejahren ist sie um fast ein Viertel höher als 1981.

Trotz dieser massiven Entlastungen ist der erwartete Investitionsschub ausgeblieben. Statt dessen haben wir einen weiteren Investitionsrückgang.

Das ist nicht verwunderlich: Unternehmen orientieren sich in ihren Erweiterungsinvestitionen aber an Absatzchancen als an Investitionskosten. Statt dessen führen sie Rationalisierungsinvestitionen durch, die Arbeitsplätze vernichten, oder legen ihre Gewinne in Kapitalmarktpapieren mit hohen Zinserträgen an.

Bei all dem Gerede vom „zu üppigen Sozialstaat" und der breiten Welle der Forderungen nach Kürzung öffentlicher Leistungen ist übersehen worden, daß öffentliche Leistungen auch Nachfrage bedeuten und daß bei ständiger Verringerung der Gesamtnachfrage mit steigenden Investitionen nicht zu rechnen ist. Verschärfend kommt hinzu, daß seit 1980 auch die öffentlichen Investitionen rückläufig waren.

Die Deckung konjunkturell bedingter Mindereinnahmen/Mehrausgaben (Arbeitslosengeld) durch zusätzliche Kreditaufnahme ist unverzichtbar. Sie ist auch von der Belastung des Kapitalmarkts her gesehen unproblematisch. Wenn die gewerbliche Wirtschaft stagniert, bleibt auch die private Kreditnachfrage hinter den Annahmen zurück. Der Staat kann hier nicht nur ohne Gefährdung von Zinsniveau und Kapitalmarkt in diese Lücke treten, er muß es, um eine weitere Talfahrt der Wirtschaft zu bremsen.

Setzen sich dagegen die neokonservativen Strategien der CDU-geführten Bundesregierung durch, beginnt der Marsch in die Depression. Nachdem erwiesen ist, daß mit Investitionsanreizen allein die Investitionstätigkeit nicht zu beleben ist, muß die Gesamtnachfrage verbessert werden. Ständiges Gerede über weitere Einsparungen wirkt hier kontraproduktiv: Es kann die Absatzerwartungen (die strategische Größe für Investitionsentscheidungen) nur weiter verschlechtern.

Geld- und Zinspolitik müssen auch kurzfristig zur Überwindung der Wachstumsschwäche beitragen.

Hierzu gehören:
– Eine Zinspolitik, die sich in erster Linie an binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten orientiert.
– Ein Geldmengenziel, das sich an den bestehenden Wachstumsspielräumen ausrichtet und den notwendigen Spielraum für weitere Zinssenkungen sichert.

2. **Kurzfristig wirksame Aufstockung der öffentlichen Investitionen bei Konjunktur- und verteilungsgerechter Finanzierung.** Öffentliche Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden haben **sofort** positive Beschäftigungsimpulse, während Anreize für die gewerbliche Wirtschaft von der Akzeptanz der Unternehmer abhängig sind.

Die Münchener „Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik" zeigen hier den Weg über ein mittelfristiges Investitions- und Vollbeschäftigungsprogramm. Aus dem ausführlichen Münchener Katalog investiver Möglichkeiten sind kurz- und mittelfristig folgende Maßnahmen geeignet, die Beschäftigungslage zu verbessern.

Maßnahmen zur
– rationellen Verwendung und Einsparung von Energie (weg vom Öl) sowohl im Bereich der Anwendung (Wärmedämmung von Häusern, rationellere industrielle Prozesse, benzinsparende Autos) als auch bei der Abwärmenutzung (Fernwärmeausbau mit Hilfe von industrieller Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung),
– Förderung für den Ersatz alter Kohlekraftwerke durch umweltfreundlichere Kohlekraftwerke sowie Verpflichtung zum Bau derartiger Kraftwerke durch Umweltschutzauflagen,
– wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge: ein 10-Jahres-Programm „Saubere Gewässer in der Bundesrepublik", Ausbau der Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung,
– ein mittelfristiges Umweltsanierungs- und -vorsorgeprogramm für besonders gefährdete Regionen, das Immissionsschutz, Lärmschutz, Stadt- und Dorferneuerung, Verbesserung des Wohnumfeldes, Industrieansiedlung, Landschaftsschutz und rationellere Energieerstellung und -nutzung umfaßt,
– Verbesserung der Wohnungsversorgung, insbesondere des Mietwohnungsbaus und der Wohnumwelt,
– Verbesserung der Verkehrsversorgung, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Investitionen im Langstreckennetz der Bundesbahn,
– Ausbau des elektronischen Kommunikationsnetzes (Glasfaser) zur schnellen Informationsweitergabe zwischen Unternehmen und Verwaltung durch die Post.

3. Wenn konjunkturbedingte Haushaltslücken durch zusätzliche Kreditaufnahme geschlossen werden, bedarf ein mittelfristiges Investitionsprogramm einer Finanzierung, die aus Leistungsbilanzrücksichten und Stabilitätsgründen nur teilweise auf dem Kapitalmarkt erfolgen sollte. Der Antrag 450 des Münchener Parteitages stellt hier eine Reihe von Finanzierungsmöglichkeiten zur Auswahl, von denen in der gegenwärtigen Konjunkturlage die Erhebung einer befristeten Ergänzungsabgabe zur Lohn- und Einkommensteuer den Vorzug verdient.

In der gegenwärtigen Wirtschaftssituation ist eine **befristete Ergänzungsabgabe nicht nur das gerechteste, sondern auch das am besten der Konjunkturlage entsprechende Finanzierungsinstrument.** Sie greift dort am stärksten, wo die Sparquote hoch und dort am wenigsten, wo sie niedrig ist. Negative Rückwirkungen auf die Nachfrage sind hier sehr viel weniger zu befürchten als beispielsweise bei einer Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Diese erfassen alle Arbeitnehmer bis 4700,– DM im Monat und sind auch von Unternehmen in der Verlustzone zu tragen. Beamte und freie Berufe bleiben völlig frei. Die Ergänzungsabgabe dagegen entspricht dem progressiven Steuertarif. Sie ist so zu gestalten, daß für Investitionen verwendete Gewinne durch die Ergänzungsabgabe nicht belastet werden.

In der Begrenzung ungerechtfertigter Steuervorteile liegt eine weitere Finanzierungsmöglichkeit; folgende Maßnahmen sind hier geeignet:
– Freibeträge und der ermäßigte Steuersatz bei der Veräußerung von Betrieben, Teilbetrieben und Anteilen an Gesellschaften werden von einer sechsjährigen Besitzfrist abhängig gemacht; bisher besteht eine solche Frist nicht.
– Bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung werden gewisse Werbungskosten (Aufwendungen für ein Darlehen, für eine Vermietungsgarantie, für die Verwaltung eines Gebäudes oder für die Vermittlung einer dieser Leistungen) auf das Jahr der Zahlung oder die Jahre, in denen sie dem Steuerpflichtigen einen wirtschaftlichen Nutzen bringen, verteilt. Dies soll verhindern, daß bei Bauherrenmodellen in der Bauphase hohe Verluste durch Vorverlegung von Werbungskosten konstruiert werden können. Einfamilienhäuser und Wohnungen, die der Eigentümer selbst nutzt, sind von der Neuregelung ausgenommen.
– Die Besteuerung von Spekulationsgewinnen bei Grundstücken und Gebäuden wird durch eine Verlängerung der Spekulationsfrist von zwei auf sechs Jahre erweitert. Außerdem wird die Besteuerung auf die Veräußerung solcher Gebäude ausgedehnt, die der Veräußerer hergestellt hat. Auch von dieser Neuregelung sind die vom Eigentümer selbst genutzten Wohnungen nicht betroffen.

4. Konjunkturgerecht finanzierte, zusätzliche öffentliche Investitionen sind geeignet, wirksame Anstöße zur expansiveren Wirtschaftsentwicklung zu geben, sie müssen – bei dem leider erreichten tiefen Stand der Beschäftigung – von ergänzenden beschäftigungspolitisch wirksamen Maßnahmen begleitet werden, um mit mittelfristig beständigem Erfolg die Beschäftigungslage zu verbessern. Zwei Aktionsfelder sind hier besonders bedeutsam:

a) **Verstärkter Einsatz und Intensivierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und der beruflichen Bildung**

b) **breitgefächerte Aktivitäten zur Verkürzung der Arbeitszeit**

Zu a)

In den letzten Jahren sind viele Milliarden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für Fortbildung und Umschulung ausgegeben worden, um die Folgen der zu schwachen Wirtschaftsentwicklung zu mildern. Die noch steigende Zahl der Arbeitslosen erfordert jetzt, auch die Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsmarktpolitik optimal zu nutzen und – wo möglich – zu verbessern.

Ebenso wenig, wie wir uns gesamtwirtschaftlich mit der hohen Arbeitslosigkeit abfinden dürfen, ebenso wenig darf die Arbeitsverwaltung die Arbeitslosen sich selbst überlassen.

Fortbildungsmaßnahmen, Integrationshilfen und – wo nötig – Umschulungen müssen sich auf das Ziel konzentrieren, die Arbeitslosen wieder auf eine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt hinzulenken. Die richtige Ausgestaltung von zumutbaren Eigenanstrengungen und notwendigen materiellen Hilfen und sozialen Betreuungsmaßnahmen ist hier besonders schwierig. Pauschalurteile helfen nicht weiter. Nicht Abbau der Arbeitsmarktpolitik ist das Gebot der Stunde, sondern Verbesserung der Anstrengungen von allen Seiten.

Weiter gehören in ein Maßnahmenpaket zur Anpassung an verschlechterte wirtschaftliche Entwicklungen unabdingbar zusätzliche Anstrengungen, um allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen und ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu vermitteln. Es gibt keine bessere Investition als die in menschliche Intelligenz!

Der Parteivorstand begrüßt die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion vom 4. 10. 1982, die zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung vorsieht. Von besonderer Bedeutung sind die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hier liegt ein besonders wichtiges Aufgabenfeld.

Private und öffentliche Arbeitgeber bleiben aufgefordert, ihre Ausbildungsleistungen zu erhöhen.

Dies liegt in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse. Unsere Wettbewerbschancen hängen in der Zukunft noch mehr als heute von einem hohen Qualifikationsniveau nicht nur der akademisch Ausgebildeten, sondern gerade auch der Facharbeiter ab.

Da die zukünftigen Qualifikationsanforderungen sich nicht völlig mit den gegenwärtigen betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten decken, war es richtig, auch das Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu erweitern. Jetzt muß es aber darum gehen, Soforthilfe zu leisten. Niemand kann und will die betriebliche Berufsausbildung subventionieren. Wir müssen aber im Gespräch mit der „Wirtschaft", den Gewerkschaften, den Arbeitsverwaltungen und den Ländern nach Wegen suchen, so flexibel wie möglich im Rahmen des jetzigen Instrumentariums zusätzlich Angebote zu schaffen.

Nicht Leistungskürzungen führen aus der Beschäftigungskrise, sondern gezielter Einsatz beschäftigungswirksamer Maßnahmen bei im übrigen sparsamer Haushaltspolitik. Und das Kostenbewußtsein auch in den öffentlichen Haushalten darf nicht dazu führen, ungeeignete Maßnahmen, die den sozialen Konsens stören, zu ergreifen. So sind z. B. überproportionale Belastungen von Arbeitslosen in der Rentenversicherung und eine Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung ökonomisch ungeeignet und sozialpolitisch schädlich.

Zu b)

Auch zur Arbeitszeitpolitik sind in München zukunftsweisende Beschlüsse gefaßt worden; dort heißt es:

„Wegen der großen beschäftigungspolitischen Herausforderung haben weitere Arbeitszeitverkürzungen und eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit gleichzeitig arbeitsmarktpolitische und soziale Bedeutung. Darüber hinaus muß ein größerer Teil der Arbeitszeit für die berufliche Aus- und Weiterbildung genutzt werden.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht tabuisiert werden. Die SPD fordert die Arbeitgeber auf, ihren seit 1965 bestehenden und seither fortgeschriebenen Tabukatalog aufzugeben.

Wir unterstützen die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen – Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Sie ist weiterhin ein zentrales politisches Ziel. Hier haben Wege zu einem gleitenden oder früheren freiwilligen Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand besonderes Gewicht."

Wir bekräftigen insbesondere gemeinsam mit den Gewerkschaften unsere Forderung nach einem **tarifpolitischen Einstieg** in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der Lebensarbeitszeit. Die tarifpolitischen Einzelheiten einschließlich der Lohnentwicklung müssen von den Tarifpartnern vereinbart werden. Wir wissen, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Wir

C 99 - 03272

halten es aber für notwendig, für die unteren Einkommensgruppen, denen eine Reallohnminderung faktisch nicht zumutbar ist, besondere Regelungen zu finden.

Die Möglichkeiten zu flexiblerer arbeits- und sozialrechtlich abgesicherter Arbeitszeitgestaltung für Männer und Frauen sollen erweitert werden. Weil solche Angebote noch weitgehend fehlen, sind an die heutige Teilzeitarbeit Anforderungen zu stellen, die garantieren, daß Teilzeitarbeit nicht zum Ausgleich von Belastungsspitzen dient, daß auch qualifizierte Tätigkeiten und gleichwertige Aufstiegschancen geboten werden und daß die Arbeitsbedingungen dem bei Vollzeitarbeitsplätzen üblichen Standard entsprechen.

Allen konservativen Widerständen zum Trotz werden die Sozialdemokraten versuchen, diese Forderungen des Münchener Parteitages in ständiger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften voranzubringen.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1 — Best.-Nr. 200394
Druck: Druckhaus Deutz, Niederlassung Bonn, Godesberger Allee 108–112, Bonn — 10-82-A 1-30 — ISSN 0170-0758